

## **Eleonore Lappin**

### **Der Zwangsarbeitseinsatz und die Todesmärsche ungarischer Jüdinnen und Juden 1944/45**

Im März 1944 okkupierte die Deutsche Wehrmacht Ungarn, das aufgrund der prekären Kriegslage zu einem unverlässlichen Alliierten geworden war. Nach der Okkupation musste die Regierung den deutschfreundlichen Ministerpräsidenten, Döme Sztójay einsetzen, behielt aber gleichzeitig weitgehende Souveränität und auch Reichsverweser Miklós Horthy blieb Staatsoberhaupt. Allerdings kam mit der Wehrmacht eine große Zahl deutscher „Berater“, welche fortan die ungarische Regierung und ihre Beamten kontrollierten. Zu diesen „Beratern“ gehörte auch das von Adolf Eichmann geleitetete „Sondereinsatzkommando der Sicherheitspolizei und des SD Ungarn“ (SEK), das aus erprobten Deportationsspezialisten bestand. Aufgrund von Gesetzen des ungarischen Parlaments und in Zusammenarbeit mit der ungarischen Gendarmerie gelang es dem SEK, zwischen dem 14. Mai und dem 9. Juli 1944 mehr als 430.000 Jüdinnen und Juden aus Ungarn zu deportieren, in ihrer überwiegenden Mehrheit nach Auschwitz. Lediglich 15–16.000 Deportierte wurden als Zwangsarbeiter/innen nach Österreich verschleppt.

Am 7. Juli 1944 ordnete Miklós Horthy den vorläufigen Stopp der Deportationen an. Damit bewahrte er die etwa 200.000 in Budapest lebenden Jüdinnen und Juden vor der Verschleppung. Weiters blieben etwa 80.000 jüdische Männer, die als Arbeitsdienstler innerhalb der ungarischen Armee Zwangsarbeit verrichten mussten, von der Deportation nach Auschwitz verschont.

Am 15. Oktober 1944 scheiterte Horthys Versuch, Ungarn durch einen Waffenstillstand mit der Sowjetunion aus dem offensichtlich verlorenen Krieg herauszuziehen. Dies bot den hungaristischen *Nyilas*, den Pfeilkreuzlern, den Vorwand, sich mit Hilfe der deutschen Besatzer an die Macht zu putschen. Unmittelbar nach ihrer Machtübernahme begann in Budapest ein antijüdischer Terror, der bis zur Befreiung durch die Rote Armee im Februar 1945 Tausenden das Leben kostete. Die *Nyilas* beugten sich auch dem deutschen Druck und lieferten zwischen dem 6. November und dem 1. Dezember 1944 76.209 Jüdinnen und Juden dem Deutschen Reich aus, die angeblich nur bis Kriegsende als Zwangsarbeiter/innen für kriegswichtige Arbeiten zum Einsatz kommen sollten. Unter diesen waren 30.000 jüdische Budapester/innen, die in mörderischen Fußmärschen zur Grenze nach Hegyeshalom getrieben wurden, sowie Arbeitsdienstverpflichtete und Arbeitsdienstler der ungarischen Armee. Die

später noch den Deutschen übergebenen „Leihjuden“ wurde nicht mehr erfasst, ihre Zahl ging jedoch ebenfalls in die Tausende.

Die SS, welche die Jüdinnen und Juden in Hegyeshalom übernahm, verschickte die Deportierten in Konzentrationslager oder übergab sie der Gauleitung von Niederdonau, die zwischen Bratislava und dem Geschriebenstein für die Errichtung des sogenannten „Südostwalls“, einem System von Panzersperren und Befestigungsanlagen entlang der Ostgrenze Österreichs, das den Vormarsch der Roten Armee stoppen sollte, zuständig war. Da die ungarischen Jüdinnen und Juden zusammen mit deutschen und österreichischen Zivilisten, Hitlerjugend, Fremdarbeitern und Kriegsgefangenen am Südostwall schanzten sollten, wurden sie in Lagern in Niederdonau und Westungarn – im Raum Sopron, Kőszeg und Bucsú – interniert. Ab Weihnachten 1944 kamen ungarisch-jüdische Schanzarbeiter auch im Gau Steiermark, also im südlichen Burgenland und in der Steiermark, zum Einsatz.

### **Die Deportationen vom Frühjahr 1944**

Bereits Jahre vor der Okkupation Ungarns hatte in Budapest das „Hilfs- und Rettungskomitees“ (*Waadat Esra Wehazala*), ein Zusammenschluss zionistischer und orthodoxer Gruppierungen, jüdische Flüchtlinge aus Polen, der Tschechoslowakei und Österreich unterstützt und die illegale Auswanderung nach Palästina organisiert. Aufgrund ihrer Kontakte ins Ausland waren die Mitarbeiter des Hilfskomitees über den Holocaust und die Gefahr, in der die ungarischen Juden nach der deutschen Okkupation schwebten, informiert. Als Dieter Wisliceny, Mitglied von Eichmanns SEK, am 5. April 1944 dem geschäftsführenden Vizepräsidenten des Komitees, Rezső Kasztner, und dessen Mitarbeiter Joel Brand anbot, ihnen die noch überlebenden Juden im Deutschen Reich für zwei Millionen Dollar verkaufen zu wollen, waren sie bereit, die Verhandlungen und damit die Zahlungen an die SS aufzunehmen. Denn sie glaubten – nicht zu Unrecht –, erkannt zu haben, dass RFSS Heinrich Himmler angesichts der schlechten militärischen Lage tatsächlich bereit wäre, Juden unter bestimmten Bedingungen zu verschonen. Allerdings keineswegs alle noch lebenden Juden. Denn kurz nachdem das SEK die erste Zahlung in der Höhe von 200.000 Dollar in Empfang genommen hatte, begann es im April 1944 mit der Gettoisierung und im Mai mit der Deportation der ungarischen Juden. Dennoch verhandelte das Hilfskomitee mit verschiedenen Mitgliedern des SEK weiter und lieferte an diese große Geldsummen sowie Wertgegenstände ab, denn sie hofften, wenigstens einen Teil der Juden vor dem Tod bewahren zu können. Am 2. Mai erklärte sich Hermann Krumei, der Stellvertreter Eichmanns, bereit, sechshundert Personen, die im Besitz von Palästina-Zertifikaten waren, die Ausreise ins neutrale Ausland

ermöglichen zu wollen. Tatsächlich verließ dieser sogenannte „Palästina-Transport“ Ende Juni – dann allerdings mit fast 1.700 Personen – Ungarn, um nach einem längeren Aufenthalt im „Bevorzugtenlager“ Bergen-Belsen tatsächlich weiter in die Schweiz zu reisen. Dies war der eindeutigste Erfolg der Verhandlungstätigkeit des Hilfs- und Rettungskomitees.

Am 14. Juni erklärte sich Adolf Eichmann bereit, „dreißigtausend ungarische Juden in Österreich unterzubringen und sie dort ‚aufs Eis zu legen‘“, also nicht der Vernichtung in Auschwitz auszuliefern. Jeweils die Hälfte sollte aus Budapest und aus der Provinz kommen. Da die nach Österreich Deportierten arbeiten müssten, verlangte Eichmann im Gegensatz zum Palästinatransport für sie keine weiteren Zahlungen.

Dass Ende Juni 15.000 Insassen der Gettos Debrecen, Szolnok, Szeged und Baja nicht nach Auschwitz, sondern nach Strasshof an der Nordbahn deportiert wurden, hatte jedoch weniger mit den Verhandlungen des „Hilfs- und Rettungskomitees“ als mit Ansuchen der Gauleitungen von Groß-Wien und Niederdonau an das Reichssicherheitshauptamt (RSHA) in Berlin, ihnen dringend benötigte Arbeitssklav/innen zur Verfügung zu stellen, zu tun. Bereits Ende Mai wurden Züge mit ungarisch-jüdischen Deportierten aus der Bácska (heute bei Ungarn und Serbien, serb. Bačka) in Gänserndorf angehalten und kräftige jüngere Männer und Frauen herausgeholt, die dann Betrieben im Gau Niederdonau, im heutigen Niederösterreich und in Südmähren, als Zwangsarbeiter/innen übergeben wurden. Am 8. Juni, also fast eine Woche, bevor Eichmann anbot, Juden in Österreich „aufs Eis legen“ zu wollen, teilte das Landesernährungsamt des Gaus Niederdonau den Landräten mit, dass in Kürze jüdische Familien – also nicht die aus den Zügen in Gänserndorf selektierten Einzelpersonen – für Arbeiten in der Landwirtschaft bereitgestellt würden. Gleichzeitig wurden die seit 1942 festgesetzten Fleischrationen für Juden auf 250 Gramm pro Woche gekürzt.

Die im Frühjahr 1944 nach Gänserndorf und Strasshof deportierten ungarischen Jüdinnen und Juden waren also beides: Zwangsarbeiter/innen und Faustpfand des SEK bei den Verhandlungen jener Gruppe hochrangiger SS-Männer um Heinrich Himmler, welche angesichts der katastrophalen Kriegslage zunächst eine Annäherung an die westlichen Alliierten, bald jedoch ein persönliches Alibi für die Zeit nach dem verlorenen Krieg suchte.

Die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Deportierten reflektierten ihren ambivalenten Status. In Strasshof fanden keine Selektionen statt, Familien blieben beisammen. Die Arbeitgeber mussten Arbeitsfähige zusammen mit ihren nichtarbeitsfähigen Familienmitgliedern unterbringen und verpflegen. Die Kosten für die Nichtarbeitsfähigen durften sie von den „Löhnen“ der Arbeiter/innen abziehen, welche sie dem SEK bezahlten, das in Wien ein Außenkommando unter der Leitung von Hermann Krumej und Siegfried

Seidl einrichtete. Vermittelt wurden die jüdischen Arbeitssklav/innen durch die Gauarbeitsämter. Arbeitskräfte, für die das Arbeitsamt keine Beschäftigung finden konnte, mussten an das SEK zurückgestellt werden und wurden in Konzentrationslager verbracht. Denn die jüdischen Familien galten als „Schutzhäftlinge im Sondereinsatz“.

Die Arbeitgeber in Wien und Niederdonau brachten die jüdischen Familien in häufig primitiven Unterkünften – in Baracken, Scheunen, Ställen, Schuppen und dergleichen – am Arbeitsplatz unter und verpflegten sie gemäß den vom Gauernährungsamt vorgeschriebenen Hungerrationen. Die mangelhafte Ernährung und die ungewohnte Schwerarbeit führten bei den Deportierten zu rapidem Gewichtsverlust. Ihre Kleidung war bald völlig verschlissen und bot im Herbst und Winter keinen Schutz vor Kälte. In größeren Städten bestand ein jüdisches Gesundheitssystem – die vorherrschenden rassistischen Gesetze verboten „arischen“ Ärzten die Behandlung von Juden –, das trotz Mangels an Medikamenten viele Menschenleben retten konnte. Dennoch starben Hunderte, vor allem ältere Menschen sowie Säuglinge und Kleinkinder.

Ungarische Jüdinnen und Juden arbeiteten häufig mit Österreicher/innen zusammen, obwohl sie nach Möglichkeit von der Zivilbevölkerung getrennt wurden und Kontakte streng verboten waren. Auch auf dem Weg von und zur Arbeit waren die ausgemergelten Zwangsarbeiter/innen gut sichtbar. In Wien fuhren sie zum Teil mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu ihren Arbeitsstätten. Vor allem Kinder und Jugendliche, die zu schweren und gefährlichen Arbeiten wie Trümmerräumen nach Bombenangriffen eingesetzt wurden, erregten häufig Mitleid und erhielten Nahrungsmittel. In ländlichen Gebieten genossen die jüdischen Familien meist größere Bewegungsfreiheit, da das notwendige Wachpersonal fehlte. Sie nutzten diese zum Betteln oder sogar zu Hilfsarbeiten im Gegenzug für Nahrungsmittel. Dennoch litten alle Deportierten an Hunger und Erschöpfung, im Winter auch an Kälte. Als „Zeichen des guten Willens“ gestattete das SEK Rezsö Kasztner zu organisieren, dass das ungarische Rote Kreuz und jüdische Hilfsorganisation Medikamente und Bekleidung für die Arbeiter/innen zur Verfügung stellten. Diese Hilfslieferungen erhöhten auch die Arbeitsfähigkeit der Deportierten und kamen so dem SEK zu Gute.

### **Die Evakuierung der Teilnehmer/innen der Strasshofer Transporte**

Im Frühjahr 1945 begann das SEK, die ihm unterstehenden jüdischen Familien über Strasshof nach Theresienstadt zu „evakuieren“, damit sie nicht von der vorrückenden Roten Armee befreit würden. Am 8. März 1945 erreichte ein Transport mit 1.072 Personen Theresienstadt. Knapp dreitausend weitere Häftlinge waren bereits seit Tagen in die Waggons

eines im Bahnhof Strasshof wartenden Zugs gepfercht, als dieser am 26. März von amerikanischen Bombern völlig zerstört wurde. Dabei kamen auch Dutzende ungarische Jüdinnen und Juden ums Leben oder wurden verletzt, die anderen blieben im Durchgangslager Strasshof und wurden bereits am 10. April von sowjetischen Truppen befreit. Überhaupt wurden ab Anfang April zahlreiche Lager im Osten und Süden Niederösterreichs von der Front überrollt und die Insassen befreit.

Für Hunderte jüdische Arbeiter/innen bedeutete die Tatsache, dass der Vorstoß sowjetischen Truppen ihre Evakuierung verunmöglichen würde, jedoch das Todesurteil. Sie wurden in oder nahe ihren Lagern bzw. während ihres Marsches nach Mauthausen ermordet. Um den 10. April ermordeten Schutzpolizisten unter der Führung eines SS-Feldgendarmen im südmährischen Nikolsburg (Mikulov) acht Männer, zwölf Frauen und ein neunjähriges Mädchen. Den Mordbefehl hatte der Kreisleiter von Nikolsburg, Anton Sogl, gegeben. Im Kreis Scheibbs kam es gleich zu mehreren Massakern. In den frühen Morgenstunden des 13. April steckte eine Werfereinheit der Waffen-SS die Baracke des Lagers Göstling/Ybbs in Brand; alle 76 Insassen kamen ums Leben. Am 15. April fingen Angehörige der Waffen-SS 96 Personen, die auf dem Weg nach Mauthausen Randegg passierten, ab und erschossen sie. Am 19. April fielen in Gresten zwei Männer, zwei Kinder und zwölf Frauen, die sich ebenfalls auf dem Weg nach Mauthausen befanden, der Waffen-SS zum Opfer, die sie in einen tiefen Wassergraben trieb und erschoss. Es gibt Hinweise, dass die Morde von der Kreisleitung angestiftet wurden.

Während heftige Kämpfe mit der Roten Armee tobten, ermordeten Angehörige der SS-Feldgendarmerie am 17. und 18. April in Weißenbach/Triesting und Thenneberg/Triesting Dutzende ungarische Jüdinnen und Juden. Das letzte und größte Massaker fand in der Nacht vom 2. auf den 3. Mai in Hofamt-Priel statt, wo Angehörige der Waffen-SS 223 Insassen des Durchgangslagers Ybbs-Persenbeug erschossen.

Die meisten jüdischen Zwangsarbeiter/innen wurden nach Mauthausen zurückgezogen. Sie mussten zum Teil weite Strecken in Gewaltmärschen bewältigen, bevor sie auf Züge verladen wurden. Viele waren diesen Strapazen nicht gewachsen und starben unterwegs oder wurden von den Wachmannschaften ermordet.

### **Ungarisch-jüdische SchanzarbeiterInnen**

Ab November 1944 waren etwa 40.000 ungarische Jüdinnen und Juden beim Bau des Südostwalls im Einsatz. Der Südostwall war ein System von Panzersperren und -fallen, das entlang von Bratislava bis Radkersburg entlang der österreichischen Grenze verlief.

Ungarische Jüdinnen und Juden waren sowohl auf österreichischer als auch auf ungarischer Seite als Schanzarbeiter eingesetzt. Obwohl dem Bau des Südostwalls größte militärische Bedeutung beigemessen wurde, trafen die zuständigen Gauleitungen von Niederdonau und Steiermark so gut wie keine Vorkehrungen, um die jüdischen Arbeiter/innen bei Kräften zu erhalten. Die Verpflegung bestand aus Hungerrationen, als Unterkünfte dienten ungeheizte Scheunen, Stadeln, Meierhöfe und Baracken, Keller und Dachböden, bisweilen auch Schulgebäude. Als im Herbst die Brunnen zufroren, konnten sich viele Arbeiter monatelang nicht waschen. Schmutz, Unterernährung und Erschöpfung führten zu Seuchen. „Arischen“ Ärzten und Pflegepersonal war gemäß den rassistischen Gesetzen die Behandlung von Juden verboten. Selbst ausreichend vorhandene Medikamente durften nicht an kranke Juden ausgegeben werden, weil sie eben nur für „Arier“ bestimmt waren. Der gesetzlich gedeckte Rassismus ließ keinen Zweifel an der Richtigkeit dieser Vorgangsweise aufkommen und verhinderte auch nach dem Krieg die Schuldeinsicht.

Nach Kriegsende befassten sich eine ganze Reihe von Volksgerichtsverfahren mit Verbrechen, die gegen jüdische Insassen von Lagern entlang des Südostwalls verübt worden waren. Diese ergeben meist ein ähnliches Bild: Die für die Juden verantwortlichen NS-Funktionäre waren entweder selbst brutale Judenschinder oder sie kümmerten sich nicht um die Lager und duldeten Quälereien und sogar Morde der Wachmannschaften. Die geringe Leistung der erschöpften Arbeiter erhöhte den Druck auf die Abschnittsleiter, die den von ihnen geforderten Baufortschritt nicht erbringen konnten. Sie gaben den Druck an die Arbeiter weiter, viele waren darüber hinaus rabiate Antisemiten. Selbst Entlausungen, die den jüdischen Arbeitern prinzipiell zugebilligt wurden, um Seuchen zu vermeiden, wurden zögerlich und unzureichend durchgeführt. Wenn Arbeiter erkrankten, wurden sie in noch primitiveren Behausungen „isoliert“ und ohne Betreuung bei Hungerrationen ihrem Schicksal überlassen. Kranke, die sich noch irgendwie auf den Beinen halten konnten, mieden diese sogenannten „Sanatorien“ oder „Lazarette“.

Als in den Lagern im steirischen Abschnitt Feldbach im Februar 1945 Flecktyphus ausbrach, befahl die Gauleitung die Erschießung der „unheilbar Kranken“ als Mittel der Seuchenbekämpfung. Da in der Umgebung kroatische Waffen-SS stationiert war, die in einigen Lagern auch die Wachmannschaften für die Juden stellten, konnten die zuständigen Abschnittsleitungen sie für die Erschießungen gewinnen. Nur in Klöch führten Angehörige des Volkssturms das Massaker an Kranken selbst durch. Doch auch ohne Erschießungen war die Sterberate in vielen Lagern entlang des Südostwalls sehr hoch.

Obwohl die Lager streng bewacht waren, die Juden in geschlossenen Gruppen arbeiten mussten und der Zivilbevölkerung jeglicher Kontakt mit ihnen verboten war, steckten Mitleidige den Arbeitern immer wieder Nahrung zu, manche protestierten sogar gegen ihre schlechte Behandlung, und es kam zu vereinzeltten Rettungsaktionen, bei denen jüdische Arbeiter bis Kriegsende versteckt wurden. Die Mehrheit der Zivilbevölkerung schaute jedoch weg und schwieg.

### **Die Todesmärsche der jüdischen Schanzarbeiter/innen**

Ende März 1945 erging der Befehl zum Rückzug der jüdischen Schanzarbeiter/innen nach Mauthausen. Zunächst wurden die Insassen der westungarischen Lager in Marsch gesetzt, Kranke und Nichtmarschfähige wurden unmittelbar vor und nach der Auflösung der Lager von Wachmannschaften und SS ermordet. Im Lager „Ziegelofen“ in Köszeg war am 22. und 23. März 1945 die einzige Gaskammer auf ungarischem Gebiet im Betrieb.

Da abzusehen war, dass die Rote Armee zunächst in Richtung Wien vorstoßen würde, trachteten die Gauleitung Niederdonau, die jüdischen Schanzarbeiter/innen möglichst rasch aus ihrem Gebiet zu entfernen. Die Häftlinge aus den Soproner und den nordburgenländischen Lagern wurden daher nach Gramatneusiedel geleitet und dort in Züge verladen, die sie nach Mauthausen brachten. Einige Nachzüglertransporte mussten den Weg nach Mauthausen jedoch zu Fuß zurücklegen. Die Wachmannschaften hatten Befehl, Nachzügler und Flüchtlinge zu erschießen. Daneben kam es zu mörderischen Übergriffen von Einheiten der Waffen-SS in St. Margarethen und Loretto.

Beim Rückzugsmarsch von den Lagern in Engerau (heute Bratislava) nach Bad Deutsch-Altenburg ermordeten am 29. März betrunkene Wiener SA-Wachmannschaften 102 Personen. Die im Lager zurückgebliebenen Kranken wurden ebenfalls liquidiert. In Bad Deutsch-Altenburg wurden die Überlebenden zusammen mit Arbeitern aus dem Raum Bruck/Leitha auf Schleppkähne verladen und ohne Verpflegung und Wasser nach Mauthausen gebracht.

Die in Kőszeg und Bucsú internierten Arbeiter/innen wurden in den Raum Rechnitz evakuiert. Trotz der massenhaften Liquidierung von Kranken in Kőszeg kamen am 24. März mit einer Gruppe von insgesamt tausend Personen auch zweihundert nicht mehr Arbeitsfähige per Bahn in Burg an. Während die Gesunden zu Schanzarbeiten eingeteilt wurden, veranlasste Kreisleiter Eduard Nicka den Rücktransport der Kranken nach Rechnitz, wo sie in der Nacht von 16 oder 17 Teilnehmern eines Gefolgschaftsfests der örtlichen Nazi-Prominenz erschossen wurden. Ihr Massengrab konnte trotz intensiver Suche bis heute nicht gefunden werden.

Am selben Tag erhielten 13 sechzehn- und siebzehnjährige Hitlerjungen, denen erstmals Waffen ausgehändigt worden waren, den Befehl, etwa tausend Häftlinge von Burg nach Strem zu begleiten. Einige Burschen erschossen befehlsgemäß Erschöpfte, der Mehrheit gelang es jedoch, ihre Kolonnen vollzählig ans Ziel zu bringen. Am 26. März übergaben sie diese in Strem einer anderen HJ-Gruppe, die weit mehr Morde beging. Die Wachmannschaften des Lagers Reinersdorf verweigerten die Ausführung der Mordbefehle während des Rückzugsmarsches der ihnen unterstellten Juden. Derartige Befehlsverweigerungen einzelner Volkssturmangehöriger oder ganzer Einheiten sind auch aus anderen Orten entlang der Routen der Todesmärsche bekannt. In allen Fällen blieben die Befehlsverweigerer unbehelligt.

Am 30. März wurden 39 in einem Meierhof bei Strem zurückgelassene kranke Arbeiter von Angehörigen der Waffen-SS ermordet, am 4. April 17 Nichtmarschfähige, die in Klöch zurückgeblieben waren. Die im Barackenlager „Höll“ ihrem Schicksal überlassenen Kranken des evakuierten Lagers St. Anna/Aigen entgingen nur knapp der Erschießung: Ihre Mörder erhielten im letzten Augenblick den Rückzugsbefehl, sodass sie von sowjetischen Truppen befreit wurden. Die Kranken wurden zweifellos nur deshalb zurückgelassen, da die für sie verantwortlichen Abschnittsleiter ihre Ermordung zuvor mit der Waffen-SS abgesprochen hatte.

Wie die vielen nach dem Krieg entdeckten Gräber zeigen, bewegten sich die Transporte auf verästelten Routen von der Grenze nach Graz. Fluchtversuche waren selten und hatten nur dann Erfolg, wenn die Flüchtlinge zufällig auf mutige Retter/innen stießen, die bereit waren, sie bis Kriegsende zu verstecken. So retteten im steirischen Kalch Ortsbewohner mindestens 14 Flüchtlinge. Im nahe gelegenen Prebendorf hingegen forschte der Volkssturm 18 Geflüchtete aus und übergab sie Angehörigen der Waffen-SS-Division „Wiking“, die sie zwischen dem 7. und 11. April 1945 erschossen. In Ragnitz versteckte ein Bauer zunächst zwei Juden, lieferte sie aber später der SS und damit ihrem Tod aus. Hilfeleistungen waren



mit schweren Strafen bedroht. Dennoch ist kein Fall bekannt, bei dem ein Helfer zu Schaden gekommen wäre. Wieder gefasste Flüchtlinge hingegen wurden ausnahmslos – häufig vor den Augen ihrer Helfer – erschossen.

In Graz erhielten die Marschteilnehmer/innen ihre erste warme Mahlzeit seit dem Abmarsch von der Grenze und konnten etwas rasten. Nach dem Krieg wurden in den Lagern Graz-Liebenau 53, in Graz-Wetzelsdorf 15 Opfer entdeckt, die als Nichtmarschfähige ermordet worden waren. Die Transporte, die in Graz zusammengestellt wurden, waren unterschiedlich groß. Der erste und größte bestand aus sechstausend Personen und marschierte am 4. April in Richtung Bruck/Mur ab. Die Transportleitung lag bei drei Beamten der Grazer Gestapo, als Begleitmannschaften dienten Angehörige des Volkssturms, die jeweils an der Grenze ihres Gendarmerierayons ausgewechselt wurden. Besonders brutal waren die zwölf Angehörige der ukrainischen Waffen-SS, die den Transport von Graz bis Leoben begleiteten. Doch die meisten Mörder waren Volkssturmmänner. Auch Zivilisten begegneten den Elendskolonnen mit erschreckend aggressivem Antisemitismus.

Wieder mussten die Arbeiter/innen tagelang ohne Nahrung marschieren und bei nass-kaltem Wetter im Freien übernachten. Während der Übernachtung in St. Peter-Freienstein verhungerten neun Personen, auf der Strecke zwischen Vordernberg und dem Präbichl starben mindestens sieben Menschen an Erschöpfung, dazu kamen Erschießungen von Nachzüglern durch Wachorgane.

Am Nachmittag des 7. April erreichte der Transport die Präbichl-Passhöhe, wo die aus SA-Männern zusammengestellte sogenannte „Alarmkompanie“ des Eisenerzer Volkssturms die Bewachung übernahm. Unmittelbar nach dem Abmarsch der Kolonnen begannen die Eisenerzer Wachmannschaften blindwütig auf die Marschierenden zu schießen. Als es dem Transportleiter nach etwa drei Viertelstunden gelang, dem Morden ein Ende zu setzen, waren mehr als zweihundert jüdische Männer und Frauen tot. Das Morden ging auch beim Weitermarsch von Eisenerz nach Lainbach weiter, da auf Befehl des zuständigen Kreisleiters von Leoben, Otto Christandl, auch weiterhin dieselben Wachmannschaften eingesetzt wurden.

Über Hieflau, St. Gallen und Altenmarkt erreichte der Transport, der auf etwa fünftausend Personen dezimiert worden war, schließlich den Gau Oberdonau und marschierte das Ennstal entlang. Ihm folgte noch eine ganze Reihe kleinerer Transporte, bei denen die Umstände ähnlich waren.

Die körperliche Schwäche der Häftlinge ließ im Gau Oberdonau die Zahl der Toten und Ermordeten rapide ansteigen. Da sich unter der Bevölkerung Unmut wegen der vielen am Straßenrand nur notdürftig verscharrten Toten regte, wurden diese auf Fuhrwerken gesammelt

und zur Bestattung in nahe gelegene Friedhöfe geführt. Über Enns und Ennsdorf (NÖ) erreichten die Transporte schließlich Mauthausen.

Ein Transport mit etwa tausend Personen verließ Graz am 8. April und marschierte über die Stubalpe nach Trieben und Liezen. Auch auf dieser Route kam es zu zahlreichen Morden und Quälereien. Von Liezen marschierte der Transport am 14. April weiter nach Oberdonau und über den Phyrnpass nach Mauthausen.

Für viele Häftlinge war das Martyrium der Todesmärsche in Mauthausen noch nicht zu Ende. Da das Stammlager ebenso wie das bei Marbach errichtete provisorische Zeltlager überfüllt waren, mussten Tausende am 16., 26. und 28. April 1945 weiter ins Lager Gunkirchen marschieren. Die Opferzahl auf dieser letzten, 55 Kilometer langen Etappe war erschreckend: Sie wird auf bis zu sechstausend geschätzt.

Gunkirchen war überbelegt und typhusverseucht, die Versorgung der mehr als zwanzigtausend Insassen mit Nahrung und Wasser brach völlig zusammen. Als das Lager am 5. Mai 1945 von amerikanischen Truppen befreit wurde, waren die meisten Insassen nicht nur unterernährt, sondern krank. Hunderte überlebten ihre Befreiung nur um einige Tage.

### **Bibliographie:**

Yehuda Bauer, Freikauf von Juden?, Frankfurt 1996

Christian Gerlach und Götz Aly, Das letzte Kapitel. Der Mord an den ungarischen Juden 1944/45, Stuttgart 2002

Eberhard Kolb, Bergen-Belsen. Vom "Aufenthaltslager" zum Konzentrationslager 1943–1945, Göttingen 1986

Eleonore Lappin, Susanne Uslu-Pauer und Manfred Wieninger, Ungarisch-jüdische Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in Niederösterreich 1944/45 (= Studien und Forschungen aus dem niederösterreichischen Institut für Landeskunde Band 45, hg. von Willibald Rosner und Reinelde Motz-Linhart), St. Pölten 2006

Eleonore Lappin, Der Todesmarsch ungarischer Jüdinnen und Juden von Ungarn nach Mauthausen im zeitgeschichtlichen Kontext. In: Heimo Halbrainer, Christian Ehetreiber (Hg.), Todesmarsch Eisenstraße 1945. Terror, Handlungsspielräume, Erinnerung: Menschliches Handeln unter Zwangsbedingungen, Graz 2005, S. 59–94

Szabolcs Szita, Zwangsarbeit, Todesmärsche, Überleben durch Hilfe. Die österreichische Bevölkerung in der Erinnerung der ungarischen deportierten und politischen Häftlinge 1944–45, Budapest 2004

László Varga, Ungarn. In: Wolfgang Benz (Hg.), Dimension des Völkermords, München 1991, S. 331–352

Dr. Eleonore Lappin, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin des Instituts für Geschichte der Juden in Österreich, St. Pölten.